



Interpellationen

Interpellation Stefan Rosenblum: Eins zwei Polizei; schriftlich

Mit Blick auf das im Kantonsrat am 5. Juni 2007 eingereichte Postulat zum Thema „Einheitspolizei im Kanton St.Gallen“ (43.07.23), das die Kantonsregierung einlädt, Bericht und allenfalls Antrag über die Schaffung einer Einheitspolizei zu unterbreiten, reichten Stefan Rosenblum sowie 38 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments am 26. Juni 2007 die Interpellation "Eins zwei Polizei" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

Der Stadtrat ist davon überzeugt, dass das Bestehen der Stadtpolizei weiterhin notwendig, die bewährte Aufgabenteilung zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei zukunftsgerichtet und die Befugnis der Gemeinden, jeweils lokal erforderliche und angemessene Massnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit zu ergreifen, unabdingbar sind. Das Modell der „Einheitspolizei“ wird den unterschiedlichen Bedürfnissen der Städte (insb. der Kantonshauptstadt) und Gemeinden im Kanton nicht gerecht. Es widerspricht zudem dem verfassungsmässigen Gebot, staatliche Leistungen möglichst bürgernah zu erbringen¹, führt zu Demokratieabbau auf Gemeindeebene und bringt ökonomisch kaum Vorteile. Unter Hinweis auf das Subsidiaritätsprinzip setzt sich im Übrigen die Kantonsregierung ihrerseits (und zu Recht) gegen eine Verlagerung polizeilicher Kompetenzen vom Kanton zum Bund ein.

Die Schaffung einer „Einheitspolizei“ bedeutet nicht lediglich die Zusammenlegung der Stadtpolizei mit der Kantonspolizei, sondern hat die umfassende Kantonalisierung des Polizeiwesens zur Folge, was dem Subsidiaritätsprinzip klar zuwiderläuft. Während heute alle Gemeinden selbst für den Erlass der nach den örtlichen Verhältnissen erforderlichen Anordnungen und Reglemente zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zuständig sind², bedeutet das Regime einer „Einheitspolizei“ eine Verlagerung dieser kommunalen gesetzgeberischen Kompetenz hin zum Kanton und damit einen Demokratieabbau auf Gemeindeebene und eine wesentliche Schwächung der Gemeindeautonomie. In der Stadt St.Gallen hätte dies den Verlust der politischen Einflussnahme von Stadtparlament und



Stadtrat im Bereich Sicherheit insgesamt zur Folge. Gerade das Stadtparlament hat sich in der jüngeren Vergangenheit oft und intensiv mit Sicherheitsfragen befasst und in diesem Bereich legiferiert. Im städtischen Polizeireglement³ wurden beispielsweise die Videoüberwachung im öffentlichen Raum, das Vermummungsverbot sowie die Wegweisung und Fernhaltung bei Gefährdung und Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geregelt. Weder im kantonalen Polizeigesetz noch in Erlassen anderer Städte und Gemeinden bestehen entsprechende Regelungen. Ferner hat die Stadtpolizei als erstes Polizeikorps der Schweiz ihre Strukturen bereits vor knapp 30 Jahren den spezifischen urbanen Erfordernissen angepasst und das sogenannte Community Policing (gemeinschaftsorientierte Polizeiarbeit) eingeführt und seither ständig weiter entwickelt. Die Polizeiarbeit ist ausgerichtet auf Bürgernähe, Prävention und Vernetzung. Das St.Galler Modell hat sich bewährt und geniesst nicht nur in Fachkreisen hohe Anerkennung: Insbesondere die Stadtbevölkerung würde es nicht verstehen, wenn die Vernetzung der Quartierpolizisten und vieler weiterer Angehöriger des Stadtpolizeikorps der städtischen Entscheidungs- und Führungsbefugnis entzogen würde, was auch die Gefahr einer Anonymisierung der polizeilichen Arbeit bedeutete.

Von einem „kantonalisierten Polizeiwesen“ betroffen wären aber neben den sicherheitspolizeilichen Bereichen⁴ insbesondere auch verkehrspolizeiliche Themen. Nicht mehr die städtischen Organe wären für den Erlass von Verkehrsanordnungen zuständig, sondern das Kommando der Kantonspolizei⁵. Der Verlust dieser Kompetenz würde die weitere Entwicklung der bewährten städtischen Verkehrspolitik zumindest erschweren, allenfalls sogar unmöglichen. So könnten beispielsweise die Schaffung von Tempo-30- und Begegnungszonen in den Wohnquartieren, eine bedarfsgerechte Bewirtschaftung des Parkraums oder die Priorisierung des öffentlichen Verkehrs etwa mittels geänderter Vortrittsregelungen nicht mehr durch die Stadtpolizei in enger Zusammenarbeit mit dem Tiefbauamt vorbereitet und nach Beschluss des Stadtrats umgesetzt werden. Temporär notwendige Verkehrsanordnungen, zum Beispiel während Grossveranstaltungen wie der OLMA oder dem CSIO, könnten nicht mehr durch die Stadtpolizei verfügt werden.

Sicherheit ist ein zentrales Gut für das Wohlbefinden und die Lebensqualität und zählt zu den grundlegenden Aufgaben jedes Gemeinwesens. Sicherheit ist deshalb ein gewichtiger Standortfaktor im Wettbewerb der Städte⁶. Die lokalen Behörden in den Städten müssen infolgedessen über angemessene eigene polizeiliche Ressourcen und entsprechende Kompetenzen verfügen, um die spezifisch städtischen Probleme wirkungsvoll und nachhaltig bewältigen zu können. Mit rund 70'000 Einwohnenden⁷, 49'100 Arbeitsplätzen⁸ und 31'400 Zupendelnden⁹ sowie jährlich hunderten von Veranstaltungen weist die Stadt St.Gallen offenkundig völlig andere polizeiliche Bedürfnisse auf als kleinere und mittlere Landgemeinden. Als urbanes Zentrum der Ostschweiz übt St.Gallen gerade abends und am Wochenende eine starke Anziehungskraft vor allem auch auf Jugendliche und junge Erwachsene aus.



Die akkurate Erfüllung der besonderen Anforderungen unserer Kantonshauptstadt durch die Stadtpolizei liegt im Interesse von Stadt und Kanton St.Gallen.

Die Kantonsregierung hat mehrfach erklärt, dass die Frage der Schaffung einer „Einheitspolizei“ in erster Linie von der Stadt St.Gallen zu beantworten sei¹⁰. Nach einer umfassenden Lagebeurteilung ist der Stadtrat zum klaren Ergebnis gelangt, dass die Schaffung einer „Einheitspolizei“ bzw. die Kantonalisierung des Polizeiwesens nicht sachgerecht ist. Statt dessen soll die bewährte Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Stadtpolizei sowie dem Ostschweizer Polizeikonkordat vertieft und wo möglich optimiert werden.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Wie stellt sich der Stadtrat grundsätzlich zur Frage der Einheitspolizei? Der Stadtrat ist der festen Überzeugung, dass sich die heutige Aufgabenteilung zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei in der Vergangenheit bewährt hat und auch in Zukunft Sinn macht. Dieses Konzept erlaubt die dezentrale und damit eine den jeweiligen Verhältnissen angepasste Grundversorgung mit gemeindepolizeilichen Leistungen sowie die zentrale Erbringung spezialisierter Dienste (z.B. Kriminalpolizei). Die Zuständigkeiten von Stadtpolizei und Kantonspolizei sind klar geregelt¹¹. Überschneidungen im Aufgabenkreis und Schnittstellen bestehen keine und bereiten damit keine Probleme. Die strategische politische Einflussnahme auf die operative polizeiliche Führung sowie deren Kontrolle durch Stadtrat und Stadtparlament¹² sind zentrale Elemente für ein bürgernahes Agieren der Stadtpolizei. Die Einbindung des städtischen Polizeikorps in die Verwaltung erlaubt die Umsetzung klarer politischer Vorgaben und die Definition sicherheitspolitischer Schwerpunkte.

Demgegenüber weist eine kantonalisierte „Einheitspolizei“ verschiedene Nachteile auf. Obwohl die politische Verantwortung für die Gewährleistung von Ruhe, Ordnung und Sicherheit weiterhin bei den städtischen Behörden liegen würde, wären deren mögliche Einflussnahme auf Polizeikräfte gering. Die Verlagerung der Vollzugsverantwortung der sicherheitspolizeilichen Aufgaben zum Kanton würde die bislang unkomplizierte, unbürokratische Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen städtischen Verwaltungsabteilungen erschweren, da unterschiedliche staatliche Ebenen einbezogen werden müssten. Auch die Entwicklung und Umsetzung einer städtischen Verkehrspolitik wäre bei einer Aufgabenteilung zwischen Stadt (Verkehrsplanung und -steuerung) und Kanton (Verkehrsanordnungen und -kontrolle) mit grossen Abstimmungsschwierigkeiten und Reibungsverlusten verbunden.

2. Wurde die Frage der Einheitspolizei zwischen Kanton und Stadt im Zusammenhang mit grösseren gemeinsamen Projekten (Polizeigebäude oder Einsatzzentrale) bereits diskutiert und wie war das Ergebnis? Fragen der polizeilichen Aufgabenteilung zwischen Stadt- und Kantonspolizei sowie der Organisation der Polizeikräfte wurden auf politischer Führungsebe-



ne mehrfach diskutiert, u.a. bei der Realisierung umfangreicher gemeinsamer (Ersatz-)Investitionen¹³. Dies war letztmals im Rahmen der im vergangenen Jahr beschlossenen gemeinsamen Beschaffung eines einheitlichen Zentralensystems für die Polizei von Kanton und Stadt St.Gallen der Fall. Auch in diesem Zusammenhang hat die Kantonsregierung dargelegt, dass der Anstoss zur Vereinigung von Stadt- und Kantonspolizei von der Stadt St.Gallen kommen müsse.

3. Gibt es vergleichbare Stadtpolizeien, welche in die Kantonspolizei integriert worden sind? Welche Erfahrungen wurden gemacht? Es gibt bislang keine aussagekräftigen Erfahrungen von vergleichbaren Städten mit dem Modell der „Einheitspolizei“. Die Kantone Schaffhausen und Zug haben das Einheitsmodell zwar umgesetzt, sind aber hinsichtlich Grösse und Strukturen im Vergleich zu Stadt und Kanton St.Gallen völlig unterschiedlich. Im Kanton Bern ist bis ins Jahr 2011 nur noch eine Polizei („Police Bern“) vorgesehen. Bis Ende 2007 verfügen noch 34 der 396 bernischen Gemeinden über ein eigenes Polizeikorps¹⁴. Dass der Kanton Bern damit über eine der am stärksten zersplitterten, heterogenen Polizeiorganisation verfügt, dürfte wesentlich dazu beigetragen haben, dass die Schaffung einer „Einheitspolizei“ mit voraussichtlich über 2'200 Mitarbeitenden¹⁵ bei der Abstimmung vom 11. März 2007 trotz der hohen einmaligen Fusionskosten von CHF 55 Mio. zu Lasten des Kantons¹⁶ befürwortet wurde. Im Unterschied dazu haben sich die Kantone Zürich¹⁷ und Aargau für ein dezentrales Modell unter Aufrechterhaltung bzw. Ermöglichung eigenständiger Stadt-, Gemeinde- oder auch Regionalpolizeien entschieden. Im Kanton Graubünden hat die Stadtpolizei Chur unverändert Bestand.

4. Wie gestaltet sich aus Sicht des Stadtrates die Zusammenarbeit zwischen Kantons- und Stadtpolizei? Der Stadtrat beurteilt die Zusammenarbeit zwischen den beiden Polizeikorps als effizient. Dazu tragen eine klare Aufgabenteilung und - aufgrund des gemeinsamen Standortes der Stadtpolizei und der Stadtfahndung der Kantonspolizei an der Vadianstrasse - kurze Wege in räumlicher Hinsicht bei. Die Verwirklichung einer „Einheitspolizei“ hätte im Übrigen keineswegs die Aufhebung der polizeilichen Schnittstellen zwischen Stadt und Kanton zur Folge. Insbesondere bliebe der gewerbepolizeiliche Aufgabenbereich jedenfalls bei der Stadt, wodurch eine neue erhebliche Schnittstelle zur Uniformpolizei entstünde. Gerade etwa im Zusammenhang mit dem veränderten Ausgehverhalten jüngerer Personen, der zunehmend stärkeren Benutzung des öffentlichen Raumes durch verschiedenste Anspruchsgruppen, zahlreichen Vorkommnissen betreffend Gastwirtschafts- und Vergnügungsbetrieben und auch der Haltung von Tieren (v.a. Hunden) sind regelmässig sowohl sicherheits- als auch gewerbepolizeiliche Aspekte zu beachten, was einen unmittelbaren Austausch und permanente Absprachen unumgänglich macht. Nicht zuletzt die lange Tradition der Vereinbarungen zwischen Stadtrat und Kantonsregierung hinsichtlich polizeilicher Aufgabenerfüllung, die damit verbundene klare Abgrenzung der Zuständigkeiten der beiden Korps sowie die



regelmässige, unvoreingenommene Prüfung und Ausnutzung von Synergien in der Polizeiarbeit führten zu der heute zweckmässigen Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei.

Wichtig für die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit, Ruhe und Ordnung in ausserordentlichen Lagen ist auch die Zusammenarbeit im Ostschweizer Polizeikonkordat¹⁸. Einer der Ausflüsse aus dem Konkordat bildet die 2006 eröffnete Polizeischule Ostschweiz in Amriswil, welche die polizeiliche Grundausbildung nach dem neuen bildungspolitischen Gesamtkonzept anbietet.

5. Wie beurteilt der Stadtrat die Zusammenarbeit zwischen Stadtpolizei und anderen städtischen Behörden? Für die Gewährleistung von subjektivem Sicherheitsgefühl und objektiver Sicherheitslage sind die Polizeikräfte zwar wichtig, aber keineswegs alleine verantwortlich. Sicherheit im umfassenden Sinn ist vielmehr eine Querschnittsaufgabe verschiedener verwaltungsinterner und –externer Akteure. Die Stadtpolizei ist mit anderen städtischen Stellen eng vernetzt. Die Zusammenarbeit darf als ausgezeichnet und effizient beurteilt werden. Im Sinne eines präventiven und problemorientierten Ansatzes pflegt die Stadtpolizei St.Gallen einen intensiven Austausch etwa mit dem Jugendsekretariat, der Stiftung Suchthilfe (Gassenarbeit) und den Schulen. Durch diese „kurzen Wege“ können Schulen direkt mit der Stadtpolizei zusammenarbeiten und beispielsweise im Bereich Gewaltprävention sehr rasch reagieren. Diese Kooperationen erlauben einen zielgerichteten und angemessenen Umgang mit den nicht selten identischen Klienten. Eine institutionalisierte Zusammenarbeit besteht überdies mit der Berufsfeuerwehr St.Gallen (etwa im Rahmen der Katastrophenorganisation), der Vormundschaftsbehörde, dem Sozialamt, dem Tiefbauamt (im Rahmen der Verkehrsanordnungen) und dem Entsorgungsamt (Sicherheit und Sauberkeit). Eine besonders wertvolle Kooperationsform ergibt sich ferner über die Quartierpolizisten, welche als vertraute und oft erste Ansprechpartner der Bevölkerung und der Quartiervereine Anliegen aufnehmen, diese im Sinne einer Triagestelle an die zuständige Amtsstelle weiterleiten und die weitere Behandlung des Anliegens begleiten. Die Stadtpolizei hat ausserdem Einsitz in der städtischen Integrationskommission sowie in zahlreichen weiteren verwaltungsinternen und –externen Gremien. Neben der vertikalen Vernetzung der Stadtpolizei ist die Nähe zu den politischen Verantwortungsträgern, primär zum Direktor Soziales und Sicherheit, aber auch zum Stadtrat von besonderer Bedeutung. Politische Steuerung und operative Umsetzung der Polizeiarbeit sind personell, räumlich und zeitlich sehr eng aufeinander abgestimmt. Die intensive horizontale und vertikale Vernetzung führt dazu, dass Informationen stufen- und zeitgerecht ausgetauscht und Probleme gesamtheitlich beurteilt und gelöst werden können. Im Falle einer „Einheitspolizei“ ginge die eingespielte Zusammenarbeit verloren bzw. müsste durch neue, aufwändige Koordinationsmechanismen über zwei Staatsebenen hinweg ersetzt werden.



6. Ist die Annahme, dass eine Einheitspolizei zu massiven Einsparungen führen würde, aus Sicht des Stadtrates zutreffend? Würde insbesondere das städtische Budget entlastet? Im vergangenen Jahr resultierte bei der Stadtpolizei insgesamt ein Aufwandüberschuss von CHF 5,2 Mio. (ohne Kapitalkosten). Die Schaffung einer „Einheitspolizei“ würde voraussichtlich zu erheblichen einmaligen Fusionskosten zu Lasten des Kantons, aber nicht zu einer spürbaren Entlastung des städtischen Haushalts führen. Die kostengünstigere Erbringung der heutigen Leistungen könnte nur durch das Ausschöpfen bislang nicht genutzter Synergien resultieren. Solche Synergiegewinne sind mit Blick auf die schon bestehende intensive Zusammenarbeit kaum auszumachen. Der Korpsbestand und damit die Personalkosten blieben etwa gleich hoch, die Zusammenlegung der – inskünftig vollständig redundanten – Einsatzzentralen würde zu einer Einbusse an Sicherheit (Krisenresistenz und Zuverlässigkeit) führen und kommt daher nicht in Betracht. Die Kantonspolizei verfügt heute über eine dezentralisierte Regionalpolizei, die an vier Stützpunkten und 30 Polizeistationen die übrigen 87 Gemeinden des Kantons sicherheitspolizeilich betreut. Angesichts der besonderen städtischen Verhältnisse könnte auch bei Schaffung einer „Einheitspolizei“ nicht auf eine Stadtorganisation mit entsprechender Infrastruktur verzichtet werden. Eine „kantonalisierte Stadtpolizei“ würde wohl als Stützpunkt der Regionalpolizei unter Führung des Kommandos der Kantonspolizei weiterbestehen. Im Ergebnis ist davon auszugehen, dass bescheidenen Synergiegewinnen deutliche Reibungs- und Effizienzverluste gegenüberstehen würden: Die Koordination über zwei Gemeinwesen auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen ist aufwändig und die heutigen Synergien durch die Vernetzung innerhalb der Stadtverwaltung gingen verloren. Das Prinzip „wer zahlt, der befiehlt“ (und wer befiehlt, der kontrolliert) würde durchbrochen. Verantwortung und Kompetenz würden getrennt. Der Stadtrat ist der Überzeugung, dass eine allfällige (verhältnismässig geringe) Entlastung des städtischen Haushalts vor dem Hintergrund der damit verbundenen Nachteile die Schaffung einer „Einheitspolizei“ nicht zu rechtfertigen vermag¹⁹. Denn es muss befürchtet werden, dass das heutige polizeiliche Dienstleistungsniveau in der Stadt St.Gallen im Falle einer „Einheitspolizei“ nicht aufrecht erhalten werden könnte. Dies insbesondere deshalb, weil im Rahmen einer kantonalisierten Polizeiorganisation Mitarbeitende der Stadtpolizei im übrigen Kantonsgebiet eingesetzt würden, was eine Ausdünnung der Polizeipräsenz in der Stadt zur Folge hätte. Zudem ist die Aufgebotszeit bei ausserordentlichen Lagen für die Einsatzelemente der Stadtpolizei deutlich kürzer. Ende 2003 hat die Regierung zur Inneren Sicherheit im Kanton²⁰ ausgeführt, dass die Kantonspolizei ihre Aufgaben nur „noch eingeschränkt und durch ständige Leistung von Überstunden bewältigen“ kann. Nachdem mehrere Gemeinden und Städte im Kanton St.Gallen Sicherheitsdienstleistungen beanspruchen, die nicht durch die Kantonspolizei erbracht werden (können), müsste auch in der Stadt St.Gallen mit dem Einsatz privater Sicherheitsdienstleister auf öffentlichem Grund gerechnet werden. Damit verbunden sind zusätzliche Kosten, Schnittstellenprobleme sowie rechtsstaatliche Bedenken.



7. Wo ortet der Stadtrat im Falle eines Beibehalts des bestehenden Systems weiteres Synergie- und allenfalls weiteres Sparpotenzial? Die intensive Kooperation zwischen Stadtpolizei und Kantonspolizei besteht seit vielen Jahren. Hinsichtlich gemeinsamer Nutzung von Gebäudeinfrastruktur, gegenseitiger operativer Unterstützung sowie Informationsaustausch ist die Zusammenarbeit kaum mehr ausbaubar. Die Projekte zum Aufbau eines Teilnetzes des nationalen Funksystems Polycom sowie die Erneuerung der Einsatzzentralensysteme werden gemeinsam entwickelt. Synergie- und damit Sparpotenzial besteht in erster Linie auf überkantonaler bzw. regionaler Ebene. So wurde beispielsweise im Rahmen des Ostschweizer Polizeikonkordats (ostpol.ch) eine einheitliche Uniform beschafft und in Amriswil die gemeinsame Polizeischule Ostschweiz geschaffen. Einsatztechnisch werden im Rahmen des Konkordats insbesondere Synergien in den Bereichen Präzisionsschützen, Grenadiere, Taucher und Hundeführer genutzt.

8. Wie beurteilt der Stadtrat die Problematik im Bereich der Stadtgrenzen zu den umliegenden Gemeinden, die faktisch mit der Stadt zu einer Agglomeration zusammengewachsen sind? Die Stadt St.Gallen erbringt erhebliche zentralörtliche Leistungen, von denen die Einwohnerinnen und Einwohner des Umlandes in ähnlicher Weise profitieren wie die städtische Bevölkerung. Die Menschen wohnen in den umliegenden Gemeinden und entfalten ihre Arbeits-, Ausbildungs-, Konsum-, und Unterhaltungsaktivitäten in der Stadt. Zu den zentralörtlichen Leistungen der Stadt St.Gallen gehören daher insbesondere auch die Aufwendungen im Bereich der Sicherheit sowie die besonderen Lasten des Verkehrs. Mit dem geographischen Zusammenwachsen von Kernstädten und Agglomerationsgemeinden werden auch diese zunehmend Bestandteil der urbanen Lebensverhältnisse. Diesem Umstand ist auch in polizeilicher Hinsicht Rechnung zu tragen. Die Stadtpolizei mit ihrer langjährigen Erfahrung in gemeinschaftsorientierter Polizeiarbeit wäre grundsätzlich in der Lage, auch in den umliegenden Gemeinden entsprechende Dienstleistungen im Rahmen von Leistungsvereinbarungen, welche diese Mehrleistungen definieren und finanzieren, zu erbringen.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage: Interpellation vom 26. Juni 2007

☐ keine Öffentlichkeitsarbeit

☐ Medienmitteilung

☒ Medienkonferenz



¹ Das Subsidiaritätsprinzip geniesst Verfassungsrang (vgl. Art. 26 der Verfassung des Kantons St.Gallen vom 10. Juni 2001 [sGS 111.1; abgekürzt KV]).

² Vgl. Art. 9 ff. des Polizeigesetzes vom 10. April 1980 (sGS 451.1; abgekürzt PG).

³ Polizeireglement vom 16. November 2004 (sRS 412.11; abgekürzt PolR).

⁴ Die Ausübung der Sicherheitspolizei ist nach Art. 13 lit. a PG eine gemeindepolizeiliche Aufgabe. Die Sicherheitspolizei hat Sicherheit, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten durch Erstinterventionen, beispielsweise bei Überfällen, Bedrohungen, Streitigkeiten, Schlägereien oder Lärmklagen, sowie durch den Ordnungsdienst bei Veranstaltungen und präventive Patrouillentätigkeit.

⁵ Vgl. Art. 19 Abs. 2 der Einführungsverordnung zum eidgenössischen Strassenverkehrsgesetz (sGS 711.1).

⁶ So wies im Rahmen der Diskussion über die Einheitspolizei im Kanton Zürich der Zürcher Stadtpräsident im Jahr 2003 darauf hin, dass es der urbanen Sicherheit schaden und dass Zürich einen seiner zentralen Pluspunkte im Standortwettbewerb verlieren würde, wenn die Lösung der städtischen Sicherheitsprobleme an den Kanton übertragen würde.

⁷ Ständige Wohnbevölkerung per Ende 2005.

⁸ Vollzeitäquivalente per Ende 2001.

⁹ Gemäss Eidg. Volkszählung 2000.

¹⁰ Beispielsweise in der Interpellationsantwort „Erfüllung von Polizeiaufgaben in der Stadt St.Gallen durch die Kantonspolizei“ (51.00.71) vom 16. Januar 2001 oder im Zusammenhang mit der gemeinsamen Beschaffung der Einsatzzentralen von Stadt und Kanton.

¹¹ Vgl. Art. 23 ff. PG sowie die gestützt auf Art. 24 Abs. 2 PG abgeschlossene Vereinbarung über die Erfüllung polizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt St.Gallen vom 22. September 1981 (sGS 451.17; abgekürzt VpolA).

¹² In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Vorstösse des Grossen Gemeinderats bzw. Stadtparlaments zum Thema Sicherheit bzw. Stadtpolizei behandelt. Eine parlamentarische Kontrolle der Tätigkeit einer kantonalisierten „Einheitspolizei“ könnte ausschliesslich durch den Kantonsrat geleistet werden.

¹³ Anlass für die vertiefte Auseinandersetzung mit organisatorischen Fragen in der jüngeren Vergangenheit bildeten neben den beiden im Text erwähnten Beispielen etwa die Festlegung der Vergütung für die Erfüllung polizeilicher Aufgaben (1982), die Postulatsbearbeitung Aufgabenerfüllung Stadtpolizei (1996), die Frage der Abgeltung bei neuer Regelung der Busseneinnahmen (1998).

¹⁴ Neben der Kantonspolizei Bern (1'500 Mitarbeitende) verfügen heute die Städte Bern (640) und Biel (80) über grosse Korps, zehn Städte und Gemeinden haben mittelgrosse Korps und 22 Gemeinden verfügen über nur einen bis zwei Mitarbeitende. Die Gemeindepolizeikorps von Thun, Spiez, Steffisburg, Lyss, Interlaken und Saanen wurden bereits früher in die Kantonspolizei integriert.

¹⁵ Die Zusammenführung der kommunalen Polizeieinheiten mit der Kantonspolizei Bern zu „Police Bern“ erfolgt stellenneutral.



¹⁶ Einmalige Kosten für Realisierung Polycom, Vermögenstransfer, Anpassungen der Telekommunikation, Informatik, persönlicher Ausrüstung und Einsatzmaterial (vgl. Antrag des Regierungsrates und der Kommission zur Änderung des Polizeigesetzes, S. 20 f.).

¹⁷ Die Volksinitiative «Für eine einheitliche Polizei im Kanton Zürich» wurde am 2. Dezember 2001 vom Zürcher Stimmvolk mit 64,8 % Nein-Stimmen deutlich abgelehnt.

¹⁸ Konkordatspartner sind die Polizeikorps der sieben Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Glarus, Graubünden, St.Gallen, Schaffhausen und Thurgau, die Stadtpolizeien von St.Gallen und Chur sowie die Landespolizei Fürstentum Liechtenstein.

¹⁹ Gemäss Art. 27 Abs. 1 PG hat die Gemeinde die Dienstleistungen der Kantonspolizei mit CHF 17 je Einwohnerin bzw. Einwohner zu entschädigen. Dieser Ansatz kann gestützt auf Art. 27 Abs. 2 PG durch das JPD „bei ausserordentlicher Beanspruchung der Kantonspolizei angemessen erhöht“ werden. Insbesondere Anonymität und eine günstige (Verkehrs-)Infrastruktur begünstigen das Begehen von Straftaten in Städten. In der Stadt St.Gallen wurden im vergangenen Jahr mit 7'084 Delikten rund ein Drittel der im Kanton erfassten Straftatbestände begangen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl war die Kriminalitätsbelastung damit etwa drei Mal höher als in den Landregionen. Der Drogenhandel mit internationalem Bezug konzentriert sich ebenfalls auf die Stadt St.Gallen. Die Bekämpfung von Drogenszenen erfordert umfangreiche Ressourcen. Aufgrund der aus diesen Gründen gegenüber der Landregion notwendigen bedeutend höheren Polizeidichte in der Stadt St.Gallen müsste von einer wesentlich grösseren, vom Kanton festzulegenden Zahlung ausgegangen werden. Wenn man davon ausgeht, dass die Leistungen einer „kantonalisierten Stadtpolizei“ mit dem dreifachen Ansatz einer Landgemeinde abgegolten werden müsste, ergäbe sich eine Belastung des städtischen Haushalts von CHF 3,6 Mio. Dem „Gewinn“ von jährlich CHF 1,6 Mio. (CHF 5,2 Mio. – CHF 3,6 Mio.) würden gravierende Nachteile gegenüberstehen: Die Stadt müsste weiterhin für die polizeilichen Leistungen zahlen, hätte aber kaum mehr Einfluss auf die Leistungserbringung.

²⁰ Bericht „Innere Sicherheit im Kanton St.Gallen“ der Regierung vom 16. Dezember 2003 (Beantwortung des gleich lautenden Postulats 43.01.01 sowie der Interpellation 51.01.46 „30 Minuten sind zu lang! Verstärkung der Regionenpolizei“). Es wurde von der Regierung „dringender Handlungsbedarf“ erkannt und die Verbesserung der polizeilichen Grundversorgung sowie eine Verstärkung der Polizei-präsenz postuliert. Zwischen 18 Uhr (um diese Zeit schliessen in der Regel die Büros der Regionalpolizei) und 2 Uhr nachts seien auf dem gesamten Kantonsgebiet insgesamt 16 Mitarbeitende der Kantonspolizei (8 Patrouillen) im Einsatz, zwischen 2 Uhr und 6 Uhr morgens sind im gesamten Kantonsgebiet ausserhalb der Stadt St.Gallen noch vier Patrouillen unterwegs. „Damit müssen bei den Einsätzen Prioritäten gesetzt werden und es können lange Reaktionszeiten resultieren.“ Unter Hinweis auf die angespannten Kantonsfinanzen wurde ein massvoller Ausbau der Kantonspolizei von 47 Stellen beschlossen.

